

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresden-Steinpl. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1580

Nr. 188.

Dienstag, 14. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Jahrespreis beträgt 30000 Mk. ... Die Redaktion: i. V. Ferdinand Teichgraber, Riesa: für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Mit Wirkung vom 30. Juli 1923 hat das Oberverwaltungsamt Dresden die Ortsämter gemäß § 151 der AVO. ... Die Ortsämter sind die Ortspreise einschließlich der Deputate mit Wirkung vom 30. Juli 1923 an mit den vom Landesfinanzamt Dresden bestimmten Sätzen in Einklang gebracht worden (Nr. 178 der Sächs. Staatszeitung vom 2. August 1923).

Die Sächs. Staatszeitung kann bei den städtischen des Gemeindebehörden eingesehen werden.

Großenhain und Riesa, am 10. August 1923.

Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Großenhain und Riesa als Versicherungsdämter.

Vertikales und Sächliches.

Riesa, den 14. August 1923.

Wohnbewegung und Teuerungsdemonstration. Die starke Erregung, die augenblicklich durch weite Kreise geht, die ihren Ursprung vor allem in der durch die Geldentwertung hervorgerufenen Teuerung findet, hat auch hier zu einzelnen Demonstrationen und Streiks geführt. Seit heute früh haben die Arbeiter des Werkes Riesa der Linde-Holmann-Waachhammer u. Co. ...

Das Wohlfahrtskonzert der hiesigen Sängerkapelle zum Besten des Vereins 'Sächs. Freischule', das am Sonntag nachmittag im Stadtpark bei gütlichster Witterung stattfand, hatte sich eines großen Erfolges zu erfreuen. Die Leistungen des Orchesters bewegten sich in immer mehr aufsteigender Linie. ...

Befragungen wegen Höchstpreisen über die Ernährung. Wie die Amtshauptmannschaft mittelt, sind wegen Höchstpreisüberbreitung befragt worden: 1. die Futterhändlerin Lina Müller in Rabenberg zu 200000 Mk. ...

Beförderung von Lebensmittelfürsorgungen nach den besetzten Gebieten. Die Reichsbahnverwaltung Dresden teilt mit: Lebensmittelfürsorgungen werden, abgesehen von wenigen Waren, nach besetzten Stationen des Reichsbahndirektionsbezirks Essen von der Beförderung ohne Pollerhebung zur Einfuhr zugelassen und haben von den Güterabfertigungen zur Beförderung angenommen. ...

Weitere unsinnige Preissteigerungen. Die Preisgestaltung für Brot und Backwaren dürfte in Kürze eine weitere Verschärfung erfahren. Eine erhebliche Erhöhung wird vor allem das Marktbrot erfahren, da die Reichsaufsicht für das Marktbrot allmählich eingestellt und Ende August vollständig in Wegfall kommen sollen. ...

beachtet wurde. Die wenigen Eier, die noch zu haben sind, müssen mit 80000 bis 70000 Mark für das Stück bezahlt werden.

Die Gemeindeordnung. Das Ministerium des Innern schreibt: Die Durchführung der Gemeindeordnung vom 1. August 1923, die demnach in den nächsten Monaten die wichtigsten Aufgaben der Gemeinden und staatlichen Aufsichtsbehörden. ...

Umsatzsteuer. Der Reichsminister der Finanzen hat auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 befohlen, daß die Umsatzsteuer in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen ist. ...

Angestellteversicherung. Infolge der neuen Gehaltssteigerungen hat der Reichsarbeitsminister von der ihm durch den Reichstag erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht und den jüngst veröffentlichten Gehaltsklassen sechs neue, nämlich die Klassen 24-29, hinzugefügt. ...

Table with 4 columns: 1) Gehalt bis zu, 2) Gehalt ab, 3) monatliches Entgelt, 4) Monatsbeitrag. Rows 23 to 29.

Die neuen Klassen gelten gleichfalls schon vom 1. August ab. Die Klassen dieser Klassen sind vom 20. August ab bei den Lohnzahlungen zu haben. ...

Technik, Handel oder Gewerbe oder für die Beamtenlaufbahn. Besonders tüchtigen Soldaten steht außerdem der Übergang in die Offizierslaufbahn offen. ...

Notgeld bei der Reichsbahn. Um der Zahlungsmittelknappheit zu begegnen, gibt die Reichsbahndirektion Dresden mit Ermächtigung des Reichsverkehrsministeriums Notgeld im Gesamtbetrag von 150 Millionen Mark aus. ...

Keine Postkassen an die Einbruchsdiebstahlbehörden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Postämter und Telegrammstellen, die an die Einbruchsdiebstahlbehörden gerichtet sind oder von ihnen ausgehen, nicht brennbar und daß daher Gesuche um Sicherheitsmaßnahmen ...

Rechnungen sofort bezahlen. Aus Kreisen des Handels, des Gewerbes und des Kleinhandels wird wiederholt Klage geführt über Verzögerungen in der Bezahlung von Rechnungen. ...

Gegen die Konnengefahr. Der Landesverein sächsischer Heimatschutz ruft seine Mitglieder und alle Kameraden erneut zum Kampf gegen die Konnengefahr auf. ...

Heberwahrungskommissionen auf Schlachtmärkten. Die Umkehr der wirtschaftlichen Entwicklung und die damit häufig verbundenen schnellen Veränderungen der Marktlage sind auf den Schlachtmärkten vielfach zur Erzielung übermäßiger Gewinne ausgenutzt worden. ...

Der Weg des neuen Kanzlers.

Die starken Widerstände gegen das Kabinett Cuno, die Folge des kommunistischen Vorgehens so plötzliche zu offenem Ausbruch gekommen sind, scheinen durch die Verbreiterung der parlamentarischen Basis für das Kabinett Stresemann zunächst ausgeschaltet zu sein.

Ein Attium und ein Vassium hat der neue Kanzler von seinem Vorgänger übernommen. Das Attium besteht in dem mit der gefallenen Regierung Cuno sehr stark verknüpften Willen des nationalen Widerstandes gegen das Unrecht des französischen Ruhrrechts und in der immer wieder mit betonter Unabwieslichkeit zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung, daß niemals wieder der Name eines deutschen Staatsmannes unter ein Dokument gesetzt werde, das das Unmögliche verlangt.

Die englisch-französische Auseinandersetzung.

Der Notenwechsel zwischen Paris und London der nach dem die ursprüngliche Absicht des englischen Kabinetts zu sofortigem aktiven Eingreifen in die Reparationsfrage unter dem Druck Frankreichs und der französisch getriebenen Konservativen Englands zunächst gemacht worden ist, ist ein mehr akademisches Fahrwasser zu gelten.

Deutsch-spanisch-englische Luftschiffabkommen.

Dem Madrider Korrespondenten des "Matin" zufolge haben England und Spanien vor dem Abschluß eines Luftschiffabkommens, dem die Einrichtung einer Luftverbindung zwischen Europa und Südamerika zu Grunde liegt.

Die neue Reichsregierung.

Zusammensetzung des Kabinetts.

- (Amtlich) Berlin, 13. August 1923. Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt: Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers: Reichsminister a. D. Robert Schmidt.

Das neu zu schaffende Amt eines Reichsministers für die belehnten Gebiete wird dem Oberpräsidenten zu übertragen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Innern ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt.

Der neue Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann ist 45 Jahre alt. Nach abgeschlossenem Studium der Rechte, Staatswissenschaften und Literatur wurde er geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschamerikanischen Wirtschaftsverbandes, dann war er von 1902 bis 1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller.

Die neue Reichsregierung, dem vier Sozialdemokraten, drei Mitglieder der Deutschen Volkspartei, drei Angehörige des Zentrum und zwei Demokraten angehören, hält heute vormittag 10 Uhr seine erste Sitzung ab, in der die Regierungserklärung festgelegt werden soll.

Die für 3 Uhr nachmittags angesetzte Vollversammlung des Reichstags wurde zunächst auf 8 Uhr abends verschoben. Auch diese Sitzung fand nicht statt.

Ein Dank des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat auf das geistige Schreiben des Reichskanzlers Dr. Cuno folgende Antwort erteilt: Herr Reichskanzler!

Nach der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage und der in den letzten Tagen hervorgetretenen Möglichkeit einer Regierungsbildung auf breiter parlamentarischer Grundlage, verheißt und würdige ich die Wegwände, die Sie und das Kabinett zu Ihrem Austrittsgesuch veranlaßt haben.

Sie haben vor fast neun Monaten, meinem Rufe folgend, unter Zurückstellung eigener Interessen und unter persönlichen Opfern in erster Lage die Leitung der Reichsregierung übernommen und sich seither mit allen Kräften bemüht, die durch die widerrechtliche Ruhrbesetzung herbeigeführten, sich ständig häufenden Schwierigkeiten und Räte zu meistern.

Einstellung der deutschen Sachlieferungen an die Entente.

Deutschland hat nach dem Ruhrbruch versucht, die Reparations- und Restitutionspflichten an die am Ruhrbruch nicht beteiligten Mächte aufrecht zu erhalten, obwohl durch die Abkündigung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes das wichtigste Gebiet Deutschlands für Ausfuhrproduktion und Reizeinnahmen weggefallen war.

Die nach dem Vertrag von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten. Die hiernach eintretende Einstellung des freien Sachlieferungsverkehrs bedingt den Erlaß einer Rechtsverordnung, um privatrechtliche Bindungen der Reichsregierung für den Fall zu vermeiden, daß unseiner der Einstellung

die Bedrücknis unseres Vaterlandes in den letzten Wochen immer größer wurde, so sind davon in erster Linie der immer verstärkte außenpolitische Druck und die dadurch erfolgten wirtschaftlichen Räte Schuld und Ursache.

In aufrichtiger Verehrung bin ich Ihre ergebener Gert. Reichspräsident.

Die ausländische Presse zu den Ereignissen.

Die deutsch-schweizerische bürgerliche Presse erkennt Cunos Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit an und schreibt es seiner Anghaltlichkeit zu, daß er die Dinge so weit treiben ließ, wie sie heute liegen. Ueber Stresemann sagen die "Baseler Nachrichten": er sei weder der Mann Frankreichs noch Englands, sondern nur der Mann Deutschlands.

Die "Chicago Tribune" glaubt zu wissen, daß der Reichskanzler Verhandlungen mit Frankreich einleiten werde. Der Berliner Korrespondent dieses Blattes hat angeblich Gelegenheit gehabt, sich mit Dr. Stresemann zu besprechen. Er gewann den Eindruck, daß der neue Reichskanzler den Willen hat, Frankreich für die durch die Truppen in seinem Gebiet angerichteten Schäden schadlos zu halten.

Die britische Note an Frankreich und die Ereignisse in Deutschland erregen in der englischen Presse großes Aufsehen. Die Blätter betonen insbesondere, daß die französisch-belgische Ruhrbesetzung von der britischen Regierung als ungesetzlich erklärt werde, und heben den britischen Hinweis auf eine Separataktion sowie die Forderung nach Bezahlung der französischen Schulden an Großbritannien hervor.

Verträge im freien Sachlieferungsverkehr geschlossen und von der Reparationskommission genehmigt werden. Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat deshalb unter dem 11. August 1923 eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge der freie Sachlieferungsverkehr vorläufig eingestellt wird, soweit Verträge bis zum 11. August nicht entweder durch Freitablauf endgültig geworden oder von der Reparationskommission der Deutschen Kriegslastenkommission Paris als endgültig genehmigt notifiziert worden sind.

Für die Sachlieferungen im Anforderungsverfahren bedarf es einer solchen Rechtsverordnung nicht; vielmehr genügt hierfür eine Verwaltungsanweisung. Im Rahmen des sogenannten gebundenen Verkehrs werden privatrechtliche Verpflichtungen des Reichs aus Verträgen, die der Reichskommission zur Ausführung von Aufträgen in den zerstörten Gebieten zur Durchführung von Reparationsleistungen bereits endgültig abgeschlossen hat, von der Einstellung der Reparationsleistungen nicht berührt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Mittlerer Zwischenfall bei einer Bannerverweibung. Gestern fand in Coburg eine deutsch-böhmische Tagung statt, mit der eine Bannerverweibung des Bundes "Bayern und Reich" verbunden war. Die Teilnahme war überaus groß.

zur die Nationalsozialisten geschlossen. Die Anarchisten setzten sich zur Wehr. Hierbei wurde der Führer des Sturmtrupps der Nationalsozialisten durch einen Messerstich eines Kommunisten in den Rücken schwer verwundet. Die erregte Menge schlug den Täter mit Steinen tot.

Belgien.
Das belgisch-französische Finanzabkommen. Die Beratungen zwischen den Bevollmächtigten der belgischen Regierung und den großen französischen Banken haben zu einem Abschluss geführt. Die Pariser Banken übernehmen zunächst eine halbe Milliarde belgische Reichsmarkens für die Rinschüsse zu 6 Prozent festgelegt sind. Dieser Betrag soll in 10 Jahren zurückgezahlt werden.

Frankreich.
Besserung der finanziellen Lage. Finanzminister Lacroix erklärte in einer Rede über die finanzielle Lage Frankreichs, die budgetäre Lage Frankreichs habe sich gebessert. Die Einnahmen an Steuern betragen im Vergleich zu den vergangenen Jahren in den ersten sechs Monaten 158 Milliarden. Wenn, wie anzunehmen sei, die Ausgaben sich in der gleichen Höhe hielten, dann werde es erstmalig seit 1914 gelingen, das ordentliche Budget einschließlich der Zahlung von 88 Milliarden Francs, die für die Rechnung Deutschlands geleistet werden, ins Gleichgewicht zu bringen.

Lord Curzon in Paris. Lord Curzon, der Sonntag nachts gegen 11 Uhr in Paris eingetroffen ist, ist morgen um 6 Uhr nach Brüssel weiter gereist, wo er seinen Urlaub zu verbringen gedenkt. Lord Curzon, der infolge seiner Krankheit keinerlei politische Besprechungen geführt zu haben.

Neuer Vertreter im Völkerbund. Wie der „Clair de l'Est“ mitteilt, wird Senator Albert Le Brun demnächst von der französischen Regierung zum Vertreter beim Völkerbund ernannt werden und in Wien einreisen, dessen Gesundheitszustand im Augenblick die Ausübung seines Amtes unmöglich macht. Bei dieser Wahl habe sich Voicars hauptsächlich von der Erwähnung seines Namens, das es wertvoll sei, daß in einem internationalen Organismus, wie dem Völkerbund, ein Vertreter der arbeitsreichen Gebiete (Le Brun ist Senator des Departements Meurthe et Moselle) Frankreich vertrete und seine Stimme hören lasse.

Rußland.
Ein Protest bei der englischen Regierung. Die Sowjetregierung hat dem britischen Vertreter Peters eine Note überreicht, die sich mit der Ernennung des russischen Vertreters Katowski in London befaßt. Der Vertreter sollte auf Wunsch der englischen Regierung seine Abreise nach London verschieben. Der Protest widerlegt die englischen Behauptungen in Parlament und Presse und erwähnt, daß Katowski weder jemals aus Frankreich ausgewiesen wurde, noch hatte er während des Weltkrieges Frankreich besucht. Behauptungen über die Englandfeindschaft Katowskis werden ausdrücklich bestritten. Die Ernennung eines der hervorragenden Politiker des Sowjetbundes, der fünf Jahre lang an der Spitze der ukrainischen Regierung gestanden hat, für den Londoner Posten, im Verein mit den Jugoslawen, die die Sowjetregierung während der russisch-russischen Krise gemacht hat und mit der Bereitschaft der Sowjetregierung, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien zu entwickeln und die Abhängigkeit der gegen Katowski erhobenen Verschuldung der Englandfeindschaft. Der Volkskommissar des Außenwesens hat die lange Verzögerung der Antwort in einer augenscheinlich einfachen Frage ausgedrückt und ist seit davon überzeugt, daß das Mißverständnis baldigt aufgeklärt werden wird.

England.
Neues englisch-russisches Handelsabkommen. Demnächst beginnt eine neue englische Handelskommission, die aber nicht amtlichen Charakter trägt, über die russisch-englischen Handelsbeziehungen zu beraten. An der Spitze der Kommission steht Ferdinand H. Baldwin, ein Cousin des Premier.

Mexiko.
Ein Mörder Willas verhaftet. Nach einer Meldung aus Mexiko ist das Mitglied der ersten Kammer Salas, einer der Mörder des Generals Willa, verhaftet worden.

Mehr Dampf in der Schuldfrage.
Reichsminister von Rosenberg hat in seiner jüngsten Reichstagsrede zugesichert, daß die Forderung nach der historischen Wahrheit über die Kriegsschuld fortgesetzt werden soll. Den Wahrheitspruch der Geschichte hätten wir nicht zu fürchten. So richtig das ist, ebensowenig kann bestritten werden, daß das Tempo, in dem diese Angelegenheit bisher von den amtlichen Stellen behandelt wurde, ein unerlaubt langsames gewesen ist. Mit unanfechtbarer Verantwortung der Kriegsschuldfrage steht aber fällt der Gewaltpruch von Versailles. Wir stehen aber auch in dieser Frage allein. Persönlichkeiten des Auslandes sind

ursprünglich in Wort und Schrift tapfer für den deutschen Standpunkt eingetreten, da wir ihn aber selbst mit kaum noch entschuldbarer Saumseligkeit vertreten haben, sind diese ausländischen Fürsprecher verstummt. Es mag den deutschen Reichskabinetten zugute gehalten werden, daß Sorge und Fürsorge um die innerdeutschen Verhältnisse ihre Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch genommen hat. Aber das fünfviertel Jahre vertreiben konnten seit dem Erscheinen der ersten Hefen der wichtigen „Altenpublikation des Auswärtigen Amtes“ über „Die große Politik der europäischen Kabinette“, ohne daß eine Fortsetzung dieses verdienstlichen Wertes wahrnehmbar wäre, ist sehr zu bedauern. Mehr Aktivität muß hier dringend gefordert werden, denn nur von diesem Punkte aus können wir die infame Rechnung Voicars hochpolitisch empfindlich führen.

Der Reichslandbund zur Ernährungsfrage.

Der Gesamtverband des Reichslandbundes taute in Berlin am 11. ds. Mts. zur Besprechung der Ernährungsfrage. Dabei fand auch zugleich eine Aussprache mit dem Reichsernährungsminister statt. Der Gesamtverband erkannte die große Notlage der Städte in vollem Umfange an. Er erklärte die Ursache hierfür in erster Linie daraus, daß Deutschland an sich Fett nur etwa zur Hälfte des eigenen Bedarfs erzeugte, während die andere Hälfte durch Einfuhr gedeckt werden müsse. Im übrigen habe eine verspätete Ernte die ausreichende Vorräte für die Städte unmöglich gemacht, zumal die Getreideerntearbeiten auf dem Lande alles beherrichten. Angesichts der heutigen Verhältnisse wird sich der Gesamtverband jedoch nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Vorräte der Städte mit Frühkartoffeln erheblich verstärkt wird und daß der Anbau in umfangreichem Maße erfolgt. Er wies jedoch darauf hin, daß die Voraussetzung für diese Leistungen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Sicherung der Verkehrsverhältnisse, genügende Wagniserteilung und Wahrung des Arbeitsfriedens sei. Nach Verhandlung der Aussprache mit dem Minister richtete der Gesamtverband auf Grund der Beratung die Aufforderung an seine Mitglieder, die städtischen Märkte überall in erheblichem Maße mit Kartoffeln zu besetzen. Ihr durchkreuzt damit, so heißt es in dem Aufruf, auch das Spiel der kommunalistischen Umwälzer, sowie die Rechnung Voicars, der in der deutschen Hungernot einen neuen Verbündeten sieht. Auf den deutschen Bauern und ihrer Wächterfunktion ruht in diesen Zeiten das Schicksal des Staates und seine Zukunft.

Die Lage im Ruhrgebiet.

In Mülheim hat die Firma Hülsmann den Betrieb geschlossen und die Arbeiter für entlassen erklärt. Arbeitslosigkeit werden ab morgen wieder eingeleitet. In Oberhausen ist es ruhig. In Gelsenkirchen ist es getrübt und heute ruhig geblieben. Die Lage ist jedoch nach wie vor sehr kritisch. Der Streik geht ununterbrochen weiter. In Wattencheid, Wanne, Bochum, Rotthausen, Dagen usw. ist es im allgemeinen ruhig geblieben. In Dortmund und Hildinghausen haben gestern kommunistische Versammlungen stattgefunden, die jedoch ruhig verliefen. In Buer ist es, abgesehen von den Zusammenstößen am 11. August zwischen Zivilpersonen und der neugebildeten Polizei, die von der Schwärze Gebrauch machen mußte, zu weiteren Störungen nicht gekommen.

Von den Franzosen überfahren.

Am Sonnabend ist an der Ecke der Mülheimer- und Schillerstraße in Dortmund der Arbeiter Blankmann von einem französischen Auto überfahren und tödlich verletzt worden. Sonntag früh gegen 10 Uhr gab ein Mann in der Mülheimerstraße fünf Schüsse ab und flüchtete. Der Mann wurde später eingeholt und legitimiert sich als der französische Kriminalbeamte Rose.

Gewaltmaßnahmen gegen die Eisenbahner im besetzten Gebiet.

Die gewaltigen Leiden der Eisenbahner werden immer mehr gekennzeichnet durch folgende Ziffern der bis zum 28. Juli 1923 verhängten Strafen:
320 Jahre 9 Monate Freiheitsstrafen, 298 534 000 M., 1550 Frank Geldstrafen.
Die Zahl der Verhaftungen betrug 1707, von denen 1251 auf das neubefetzte und 548 auf das altbefetzte Gebiet entfielen. Die Zahl der Verurteilungen betrug 238, davon entfielen 91 auf das neubefetzte und 147 auf das altbefetzte Gebiet.
Bis zum oben angegebenen Zeitpunkt sind ausgewiesen worden:
14 293 Beamte, Angeestellte und Arbeiter, davon
2 892 aus dem neubefetzten und
11 601 aus dem altbefetzten Gebiete.
Unter Einrechnung der Familienangehörigen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen:

50 788, davon
8 848 aus dem neubefetzten Gebiet und
41 940 aus dem altbefetzten Gebiet.
Insgesamt sind in der Zeit bis zum 28. Juli 1923 279 Wohnungen vertrieben worden:
64 323 Personen, davon
10 352 aus dem neubefetzten Gebiet und
53 971 aus dem altbefetzten Gebiet.
Mißhandlungen sind in 247 Fällen vorgekommen, darunter von 114 im neubefetzten und 133 im altbefetzten Gebiet. Getötet wurden 9 Eisenbahner und zwar 8 im neubefetzten und 1 im altbefetzten Gebiet.

Ein Appell an den Präsidenten Coolidge.

Die Abgeordnete Frau von Oheim hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgendes Telegramm geschickt: „Französische Offiziere im besetzten Gebiet ordneten an, daß man Eisenbahner, die den Franzosen den Dienst verweigern wollen, allein, ohne Familie auszuweisen soll. Die Frauen müssen in den Wohnungen bleiben und die Bewirtschaftung angefaßt farbiger Regimenter übernehmen. Wir deutschen Frauen erbiten vom Präsidenten der Vereinigten Staaten als Schirm der weißen Frauen gegen farbige um Hilfe für die uns drohende Schmach und Schande.“

Die deutschen Leistungen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Reparationskommission als maßgebliche Instanz, das die deutschen Leistungen an den Feindbund seit Abschluß des Waffenstillstandes den Wert von 8 Goldmilliarden nicht übersteigen. Deutschland dagegen ist nach sorgfältigster Berechnung und gewissenhafter Durchführung zu dem Schluß gekommen, daß es bereits 48 Milliarden Goldmark in Erfüllung des Friedensvertrages aufgewendet habe. Der Reichsaussenminister Dr. von Rosenberg konnte in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages mitteilen, daß das Handelswissenschaftliche Institut in Washington die französische und die deutsche Rechnung geprüft habe und zu der Ansicht gekommen sei, daß die deutsche Berechnungsweise die richtige sei. Nimmt man also für die deutschen Leistungen rund eine Zahl von 45 Goldmilliarden an, und berücksichtigt man, daß das deutsche Volkvermögen, das vor dem Kriege auf 350 Milliarden Goldmark geschätzt wurde, durch Kriegskosten, Abtretungen usw. auf die Hälfte zusammengesunken ist, so hat Deutschland von dem ihm verbleibenden Vermögen von etwa 180 Milliarden bereits den vierten Teil in den Loh der Reparationen gemornt.

45 Milliarden bedeuten den anderthalbfachen Wert des gesamten ländlichen Grundbesitzes in Deutschland vor dem Kriege, oder den dreifachen Wert des gesamten ordentlichen Eigentums des früheren deutschen Reiches, der Bundesstaaten und der Städte.

45 Milliarden bedeuten nahezu den doppelten Wert des gesamten deutschen Utenvermögens und zehnmal soviel wie die gesamten Gold- und goldwertigen Bestände des deutschen Reiches.

45 Milliarden Goldmark sind das Dreifache des Gesamtvermögens aller deutschen Aktiengesellschaften vor dem Kriege; die Verzinsung eines derartigen Betrages würde nahezu das Doppelte des gesamten heutigen Reichsetats beanspruchen.

45 Milliarden Goldmark sind nahezu das Fünffache der deutschen Ausfuhr von 1913, das Achtfache vom Vorkriegswert der gesamten deutschen Steinindustrie, die jährliche Verzinsung übersteigt das Dreifache des gesamten Goldbestandes der Bank von England im Jahre 1913.

Deutschland hat sich bereit erklärt, weitere 30 Goldmilliarden an den Feindbund abzuführen. Erst wenn man dahin gekommen ist, das Schweregen in irrsinnigen Zahlen zu unterlassen und sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse zu stellen, wird das Reparationsproblem überhaupt lösbar sein. Wenn man berücksichtigt, daß das ohnehin bereits dezimierte deutsche Volkvermögen durch den Ruhestreik zu einem weiteren großen Teile vernichtet ist, dann muß man zwangsläufig zu der Erkenntnis kommen, daß auch in dem Angebot von 30 Milliarden ein ungeheures Risiko liegt. Die Industrie hat sich bereit erklärt, für einen Teil dieses Betrages die Garantie zu übernehmen. Die Industrie ist, wie nur im Reichstage gehört haben, zu weiteren Opfern bereit. Ist es angeht dieser Tatsachen und angesichts dieser für sich selbst sprechenden Zahlen nicht mehr als überflüssige Schornacherei, zu behaupten, sie sei sich ihrer Pflichten gegenüber Volk und Staat nicht bewußt?

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

1. Sicherheit. Zinsen und Rückzahlung reichsgefehllich sichergestellt durch die Belastung der Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.
2. Steuerbefreiungen. Die Anleihe ist von der Einkommensteuer und selbstgeschickte Anleihe von der Erbschaftsteuer befreit.
3. Bezeichnungsmöglichkeit. Die Anleihe wird von den Darlehensstellen des Reiches beliehen.
4. Börsenfähigkeit. Die Einführung zum Börsenhandel erfolgt sofort nach Ausgabe der Stücke.
5. Zeichnungsbeginn: 15. August 1923.
Jederseitsiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.
6. Zeichnungstellen: Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und ihrer Verbände und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.
7. Zeichnungspreis: bis auf weiteres 100 % für Markenzahlungen, 95 % für Einzahlungen in Devisen und Dollarschekenzahlungen. Erhöhung bleibt vorbehalten.
8. Einzahlungen. Sie haben sofort bei der Zeichnung zu erfolgen. Für Markzahlungen ist maßgebend der dem Zeichnungstage vorhergehende letzte amtliche Berliner Mitteltkurs der Auszahlung New-York. Für Devisen-

- einzahlungen wird das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar besonders bekannt gegeben. Es ist bei den Annahmestellen zu erfahren. Dollarschekenzahlungen werden zusätzlich der jeweiligen Zinsen von 1/2 % im Monat wie Dollars in Zahlung genommen.
9. Stückelung. Vorgegeben sind Stücke zu 4,30 M. — 1 Dollar, 8,40 M. — 2 Dollar, 21 M. — 5 Dollar, 42 M. — 10 Dollar, 105 M. — 25 Dollar, 210 M. — 50 Dollar, 420 M. — 100 Dollar, 2100 M. — 500 Dollar, 4200 M. — 1000 Dollar.
 10. Verzinsung. Die Stücke von 10 Dollar und darüber tragen auf 6 % lautende jährliche Zinsscheine, deren erster am 1. September 1924 fällig ist. Die Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden ohne Zinsscheine ausgegeben, aber nach 12 Jahren mit einem Aufgeld von 70 v. D. zurückgezahlt, während die Stücke von 10 Dollar und darüber zum Nennwert zurückgezahlt werden.
 11. Einlösung. Die Zinsscheine werden bei Fälligkeit vom 1. September jedes Jahres ab, die Stücke am 2. September 1925 ausgezahlt, und zwar in Mark, wobei der Dollar zum Durchschnitt der amtlichen Berliner Notierung des Mittelkurses für Auszahlung New-York in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August einschließlich in dem in Betracht kommenden Jahre umgerechnet wird. Der Einlösungstausch wird amtlich bekannt gegeben.